

Rede von Ludger Volmer vor dem Bundestag über die Erweiterung der Europäischen Union (8. Juni 1999)

Quelle: Dr. Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 08.06.1999 vor dem Deutschen Bundestag zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft. [ONLINE]. [Berlin]: Auswärtiges Amt, [03.05.2005]. Disponible sur <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/1999/r990608b.pdf>.

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_ludger_volmer_vor_dem_bundestag_uber_die_erweiterung_der_europaischen_union_8_juni_1999-de-8320b569-4c5b-4c50-8222-321475853fc8.html

Publication date: 20/10/2012

Rede von Dr. Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, vor dem Deutschen Bundestag zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 8. Juni 1999

Erweiterung und Vertiefung der EU

"Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als die Bundesrepublik die EU-Präsidentschaft übernahm, war sie mit einer doppelten, schwierigen Aufgabe konfrontiert: Zunächst mußte sie die Erweiterung und Vertiefung der europäischen Strukturen voranbringen, gleichzeitig mußte sie sich an der Bewältigung der schwierigsten Krise beteiligen, die Europa nach dem Ende des zweiten Weltkriegs erlebt hat.

Kurz vor Ende der Präsidentschaft können wir heute schon das Fazit ziehen, daß die Bundesregierung diese doppelte Aufgabe gelöst hat. Die EU ist erweiterungsfähig geworden. Ihre politische Handlungsfähigkeit ist gestärkt worden. Gleichzeitig hat Europa in den vergangenen Monaten unter schwierigsten Rahmenbedingungen nachgewiesen, daß es in der Lage ist, geschlossen zu handeln und Gestaltungskraft zu beweisen.

[...]

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß die Osterweiterung der Europäischen Union keine Pflichtaufgabe ist, die aus vertraglichen Festlegungen erwächst. Vielmehr muß es ein Hauptinteresse der deutschen Politik sein, alle Unsicherheiten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion theoretisch in dem großen Raum der Transformation östlich von uns entstehen könnten, dadurch aufzufangen, daß ein Export der europäischen Strukturen vorgenommen wird, sozusagen ein Stabilitätsexport.

Jeder Europapolitiker weiß, daß die Osterweiterung nur gelingen kann, wenn vorher die Strukturen der jetzigen Europäischen Union fundamental verändert werden. Dazu hat die Bundesregierung einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet.

Agenda 2000

So haben wir es geschafft, bei der Agenda 2000 einige wichtige Kapitel entscheidend weiterzuentwickeln. Das sind Kapitel, von denen vorher angenommen wurde, daß ihre Problematik möglicherweise überhaupt nicht lösbar sei und wegen der Unlösbarkeit dieser Fragen der europäische Erweiterungsprozeß sogar scheitern könnte. Es gab gerade in der CSU Stimmen, die sagten: Angesichts der Nichtmachbarkeit und angesichts der großen Probleme, die der Agenda-Prozeß mit sich bringt, verzichten wir lieber auf die Osterweiterung, igeln uns in Westeuropa ein und pflegen hier die Gemütlichkeit.

Finanzielle Auswirkungen der Reformen

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, kritisieren, daß die Finanzpolitik schwierig zu managen sei. Das liegt doch wohl nicht zuletzt daran, daß wir ein extrem schwieriges Erbe übernommen haben.

Erst in den letzten Wochen ist doch dadurch, daß der Finanzminister der jetzigen Regierung eine offene Politik betreibt, deutlich geworden, daß wir mit einem strukturellen Defizit von 30 Milliarden DM zu kämpfen haben, das doch nicht wir angerichtet haben, sondern das Sie uns hinterlassen haben. Wenn man einen solchen Schuldenberg angehäuft hat, dann ist man nicht unbedingt berufen, finanzpolitische Ratschläge zu geben.

Wenn man schon kritisiert, muß man zumindest die eigenen Maßstäbe klarstellen. Da sagt Herr Schäuble auf der einen Seite, man müsse mehr Geld in den europäischen Erweiterungsprozeß investieren – dem stimme ich zu – und auf der anderen Seite die Bundesregierung sei zu kritisieren, weil sie nicht genügend für den bundesdeutschen Haushalt einspare. Ich möchte wissen: Was ist der Maßstab Ihrer Kritik? Wollen Sie mehr Geld für Europa, oder wollen Sie mehr Geld für Deutschland? Es gibt einzelne Vertreter in der Union, für die sich der Widerspruch mittlerweile so weit zugespitzt hat, daß sie sich nicht mehr für Europa

und nicht mehr für Deutschland, sondern für Bayern entscheiden. Das hat Herr Stoiber gestern getan. ...

Wir haben es geschafft, daß mittelfristig die Ausgabenstabilität im europäischen Rahmen beibehalten wird und die Beitragslasten für den deutschen Haushalt gleichzeitig sinken werden – selbstverständlich nicht so, daß wir der deutschen Bevölkerung sagen könnten, unsere Europapolitik bestehe darin, auf Kosten der anderen Europäer zu sparen, aber doch so, daß Deutschland nicht mehr in der Situation ist, der Zahler für alle Reformprojekte zu sein. Die Reformen, die wir im europäischen Rahmen umgesetzt haben, sind im wesentlichen Strukturreformen, die helfen, Geld zu sparen.

[...]